

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

01|2025

Gitta Connemann,

MdB (CDU) und
MIT-Vorsitzende,
über Vertrauen
und politische
Handlungsfähigkeit

Wie die neue Regierung
mit einem schmaleren
KOALITIONSVERTRAG gut
regieren und das Vertrauen
der Bürgerinnen und Bürger
gewinnen kann

FASST EUCH KURZ!

9
SEITEN



Adenauer, 1961

80
SEITEN



Kohl, 1990

177
SEITEN*



Scholz, 2021

* ist der
Koalitions-
vertrag
lang.

16



20



03 KOMMENTAR

Gesamtmittel-Präsident Stefan Wolf über den notwendigen Wandel in der Wirtschaftspolitik

04 AGENDA

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

04 WIRTSCHAFTSWARNTAG

Unternehmen und Verbände fordern einen Politikwechsel

07 SICHTWEISE

Was bringt eine europäische Kapitalmarktunion?

08 TITELTHEMA

Koalitionsverträge gelten als Wegweiser im turbulenten Politikgeschäft. Doch wie zeitgemäß sind die Absichtserklärungen wirklich?

16 DEBATTE

Gitta Connemann, MdB (CDU) und MIT-Vorsitzende, über Vertrauen, politische Handlungsfähigkeit und die Aufgaben der neuen Regierung

20 DEUTSCHLAND BESSER MACHEN

Brief verspätet, Paket verschwunden, Boten überfordert: Wie DHL zuverlässiger liefern kann

23 BILDUNG

Neue Struktur für die Kultusministerkonferenz und Wolken auf der Waage

24 PERSPEKTIVE

Die Standortkrise setzt die Metall- und Elektro-Industrie weiter unter Druck

26 RETROSPEKTIVE

Was wurde aus der steuerlichen Forschungszulage?

26 IMPRESSUM

27 KARIKATUR

28 ZITAT



Wettbewerbsfähigkeit: Hohe Bürokratie und Arbeitskosten belasten die Unternehmen am stärksten, so eine Gesamtmittel-Umfrage. **S. 24**

Bundestagswahl: Politik für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

WAS MEINEN SIE, HERR WOLF? Ein grundlegender Wechsel in der Wirtschaftspolitik ist zur Überlebensfrage des Industriestandorts Deutschland geworden. Welche Reformen Union und SPD jetzt durchsetzen müssen, sagt Gesamtmittel-Präsident Stefan Wolf.

Überbrückbare Gräben

Christ- und Sozialdemokraten stehen sich nicht unversöhnlich gegenüber. Beide haben eine lange gemeinsame parlamentarische Geschichte und eine tief verwurzelte demokratische Tradition. Sie sind in manchen Themengebieten politische Kontrahenten, die aber, wenn es darauf ankam, immer das Wohl des gesamten Landes im Blick hatten. Jetzt kommt es wieder einmal darauf an. Und so groß ist der Schatten, über den die SPD, aber auch die Union springen müssten, in einigen Themengebieten vielleicht gar nicht.

Nach den Ereignissen in Washington muss Deutschland reagieren. Dazu gehört eine schnelle Aufrüstung: materiell und personell. Die Bundeswehr braucht dringend mehr Geld und Deutschland muss kriegstüchtig werden. Das ist eine, wenn nicht die größte Aufgabe der sich in Gründung befindenden Regierung.

Auch in Fragen der Migrationspolitik könnten sich Union und SPD wie beim Asylkompromiss 1993 einigen, schließlich befürwortet ein Großteil ihrer Anhänger Verschärfungen in der Migrationspolitik. Mit etwas Flexibilität und gesundem Menschenverstand lassen sich auch noch weitere Gemeinsamkeiten finden. Ziel muss ein Politikwechsel sein. Klar ist damit, dass sich auch die SPD bewegen muss.

Pragmatismus nötig

Im Bereich der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik liegen die Positionen wohl am weitesten auseinander. Hier trifft der Umverteilungsgedanke auf den Leistungsgedanken. Diese miteinander auszusöhnen, wird die eigentliche Herkulesaufgabe. Aber es ist eine, die in der Vergangenheit schon gelöst wurde. Sowohl Union als auch SPD wollen Steuerentlastungen für einen Großteil der Bürger. Die Union will Unternehmenssteuern senken und den Solidaritätsbeitrag abschaffen. Die SPD will den Sozialstaat weiter ausbauen. Das ist aktuell ohne neues Wachstum nicht bezahlbar. Aber bevor man über Erhöhungen für wen oder was auch immer nachdenken darf, muss erst einmal glaubwürdig gespart und priorisiert werden – auch bei sich selbst. Man muss an die SPD appellieren, Pragmatismus walten zu lassen. Ohne Einsparungen wird es nicht gehen.

Ohne stabile Wirtschaft keine stabile Regierung

Deutschland ist im dritten Rezessionsjahr. Aktuell verliert die deutsche Industrie jeden Monat 7.000 bis 10.000 Arbeitsplätze. Ohne Lösung der strukturellen Probleme des Standorts bei den Arbeitskosten, Steuern, Energiepreisen, bei der Bürokratie, Infrastruktur und Bildung ist eine Verbesserung der Wirtschaftslage nicht zu erwarten. Wir brauchen einen Koalitionsvertrag für Wettbewerbsfähigkeit. Die neue Koalition muss wissen: Ohne eine stabile Wirtschaft gibt es keine stabile Regierung. 

GASTAUTOR: Stefan Wolf

WOHNORT: Bad Urach

BERUF: Manager

BERUFUNG: Den Standort Deutschland stärken



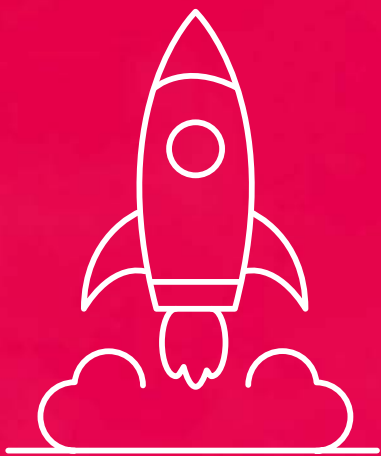




Wirtschaft fordert Politikwechsel

Um auf die desolate Lage der Wirtschaft aufmerksam zu machen, haben 140 Verbände und Unternehmerinitiativen aus verschiedenen Branchen zum „**Wirtschaftswarntag**“ vor dem Brandenburger Tor in Berlin aufgerufen. Mehr als 1.000 Teilnehmer waren dem Aufruf gefolgt, darunter viele Unternehmer und Vertreter der Wirtschaft, wie Gesamtmetall-Präsident **Dr. Stefan Wolf** (Bild 1, am Rednerpult, Bild 6, r.) sowie Politiker, wie **Christian Lindner** (Bild 2, l.), **Dr. Marco Buschmann**, **Tilman Kuban**, **Wolfgang Kubicki**, **Christian Dürr**, **Julia Klöckner** u. a. (Bild 7). Am Wirtschaftswarntag beteiligten sich bundesweit 181 Unternehmen und regionale Wirtschaftsverbände. Es gab Kundgebungen in München, Stuttgart, Hamburg und Lingen (Ems). Alle Beteiligungen sind auch auf der Website wirtschaftswarntag.de dokumentiert.





NEUSTART DEUTSCHLAND

Wie gelingt der
Politikwechsel

TAG DER **ME**
INDUSTRIE
14/05/2025

Hotel Adlon Kempinski
Unter den Linden 77
10117 Berlin

Weitere Informationen
auf **gesamtmetall.de**

Gesamtmetall

Schnelles Medium für den schnellen Wahlkampf

Mit kreativen und humorvollen Social-Media-Aktionen auf einer eigenen Landingpage rund um das Thema „Standort retten“ hat Gesamtmetall den Wahlkampf begleitet. Ob witzige Memes, knackige Sharepics oder spannende Umfragen – sie zeigten, dass Politik jeden etwas angeht und auch Spaß machen kann. Eigeninitiative war ebenfalls gefragt. So konnte man Standortretter seiner Stadt werden oder mit dem Stand-O-Mat seine eigene Einstellung zu den fünf Forderungen von Gesamtmetall testen. Um die sich beschleunigende Deindustrialisierung zu stoppen, braucht es dringend bessere Rahmenbedingungen am Standort. Mehr unter: **#standortretten** und **standort-retten.de**



Europäisches Arbeitgeberinstitut

Start mit KI-Studie

Im Oktober 2024 ging das Europäische Arbeitgeberinstitut (European Employers' Institute) mit Sitz in Brüssel an den Start. Das als Pendant zum Europäischen Gewerkschaftsinstitut gegründete Wissenschaftsinstitut soll sicherstellen, dass die EU-Institutionen auch die Ansichten und Interessen der Arbeitgeber bei neuen politischen Maßnahmen im Bereich Beschäftigung und Soziales berücksichtigen. Mittels aktueller Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen der vorgelegten Gesetzesinitiativen auf Unternehmen soll sichergestellt werden, dass politische Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik auf Fakten beruhen. Gesamtmetall gehört zu den neun Gründungsmitgliedern, mittlerweile ist das EEI schon auf 18 Mitglieder gewachsen. Den Vorsitz hat Delphine Rudelli, Hauptgeschäftsführerin des europäischen M+E-Dachverbands ceemet, übernommen. Das erste große Projekt ist eine Studie zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz in europäischen Unternehmen, sie wird u. a. in Kooperation mit dem IW Köln und dem Institut für angewandte Arbeitswissenschaft (ifaa) durchgeführt. Neben der Sammlung aktueller Daten soll das Projekt dazu beitragen, ein gemeinsames Verständnis der Chancen und Risiken für den Einsatz von KI in der modernen Arbeitswelt zu entwickeln. Außerdem für 2025 geplant sind Rechtsstudien z. B. zur Regelung der Unterauftragsvergabe in den verschiedenen EU-Ländern – hier forderten Teile des Europäischen Parlaments neue rechtliche Beschränkungen.

Brauchen wir eine europäische Kapitalmarktunion?

Die europäische Kapitalmarktunion ist ein zentrales Projekt der EU, das darauf abzielt, die Kapitalmärkte innerhalb der Union zu vereinheitlichen.



»Europäisches Kapital, das mangels attraktiver Anlagemöglichkeiten häufig in den USA angelegt wird, könnte leichter in Europa gehalten werden.«

Christian Sewing,
Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken



»Einfache, kosteneffiziente und europaweite Anlageprodukte würden gefördert, um Bürgern bessere Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge zu bieten.«

Christiane Hölz, Geschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.



»Um die europäische Kapitalmarktunion endlich voranzubringen, müssen die Egoismen der nationalen Finanzplätze überwunden werden.«

Jörg Asmussen,
Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Versicherer

Europa braucht so schnell wie möglich eine funktionierende Kapitalmarktunion. Gut entwickelte Kapitalmärkte spielen eine **Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Technologie und innovativen Unternehmen**. Zahlreiche Studien belegen einen positiven Zusammenhang zwischen Kapitalmärkten, Produktivität und Wirtschaftswachstum. Bislang bieten die fragmentierten europäischen Kapitalmärkte nicht die Liquidität, die große Investoren aus Amerika, Asien oder dem Nahen Osten benötigen. Mit einem effizienten Ansatz, der Bürokratie vermeidet und stattdessen nationale Regelungen vereinfacht und vereinheitlicht, lässt sich Europas enormes Potenzial deutlich besser ausschöpfen.

Es geht nicht mehr nur um eine Kapitalmarktunion, sondern um eine umfassendere **„Spar- und Investitionsunion“ (SIU), die den Bedürfnissen der Bürger in der EU gerecht wird**. Denn zu wenige EU-Bürger investieren an den Kapitalmärkten. Das schadet nicht nur dem finanziellen Wohlergehen der Menschen, sondern bremst auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Zudem bereiten die nationalen Rentensysteme Kopfzerbrechen: Komplizierte und schwach performende Produkte führen zu einer wachsenden Rentenlücke. Einheitliche Standards würden es für Aktionäre einfacher machen, das Stimmrecht auch grenzüberschreitend auszuüben und damit Einfluss auf Unternehmen zu nehmen.

Absolut – und das mehr denn je. Es ist auch **eine Frage unserer europäischen Souveränität zwischen den politischen und wirtschaftlichen Machtpolen USA und China** und aufstrebenden, selbstbewussten Schwellenländern wie Indien. Seit dem Brexit liegt der größte europäische Finanzplatz außerhalb der EU. Eine europäische Kapitalmarktunion würde dazu beitragen, Europa krisenfester und wettbewerbsfähiger zu machen. Die deutsche und europäische Versicherungswirtschaft kann dabei als bedeutender Kapitalanleger und Risikoträger eine wesentliche Rolle spielen. Ein wichtiger Baustein wären EU-weite Mindeststandards des Insolvenzrechts, insbesondere für institutionelle Anleger.

FASST EUCH KURZ!

Zu lang, zu detailliert, zu starr? In Deutschland gelten Koalitionsverträge als unverzichtbares Fundament der Regierungsarbeit. Doch oft blockieren sie mehr, als sie nützen. In einer Zeit der Krisen stellt sich die Frage: Brauchen wir eine neue Form des Pragmatismus?

1961

Konrad Adenauer

Zähe Verhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP.

9 Seiten



1972

Willy Brandt

Mit einem sozial-liberalen Bündnis zum gesellschaftlichen Aufbruch.

63 Seiten



2013

Angela Merkel
Meisterin der
Kompromisse: Von
Schwarz-Gelb bis
zur GroKo.
185 Seiten



2021

Olaf Scholz
Ampel-Premiere:
SPD, Grüne und
FDP regieren erst-
mals gemeinsam.
177 Seiten

1990

Helmut Kohl
Union und FDP als
erste Koalition des
wiedervereinigten
Deutschlands.
80 Seiten



1949 1953

Keine Koalitionsabsprachen

Keine Koalitionsabsprachen

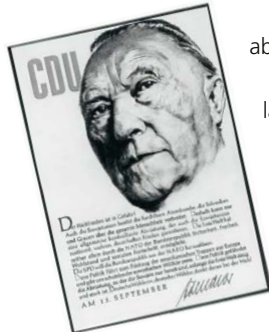
1957 1961

Wahlperiode 1957–1961
Bundeskanzler Konrad Adenauer

Koalition: CDU/CSU, DP

Nicht veröffentlichte
 Koalitions-
 absprachen,
 aber: Vereinbarung
 aus dem Nach-
 lass von Hans-Jo-
 achim von
 Merkatz.

8 Seiten



Wahlperiode 1961–1965

Bundeskanzler:
**Konrad Adenauer/
 Ludwig Erhard**

Koalition: CDU/CSU, FDP

Koalitionsabkommen vom
 20. Oktober 1961, Wortlaut
 des Abkommens zwischen
 den Unionsparteien und den
 Freien Demokraten, u. a.
 veröffentlicht in „Die Welt“
 am 6. November 1961.

9 Seiten



Es geht vor allem darum, so schnell wie möglich eine handlungsfähige Regierung in Deutschland zu schaffen. Denn die Welt da draußen wartet nicht auf uns. Sie wartet auch nicht auf langatmige Koalitionsgespräche und Verhandlungen.“ Als Friedrich Merz (CDU) am Abend eines langen Wahltages am 23. Februar 2025 im Konrad-Adenauer-Haus vor seine Parteifreunde trat, war neben all der Freude über den klaren Regierungsauftrag auch die Dringlichkeit zu spüren, mit der sich die Union der Vielzahl an nationalen und internationalen Problemen widmen will. „Wir müssen jetzt wieder schnell handlungsfähig werden, damit wir im Inneren das Richtige tun können, dass wir in Europa wieder präsent sind, dass auf der Welt wahrgenommen wird: Deutschland wird wieder zuverlässig regiert.“ Doch zwischen Wahlsieg und funktionierender Regierung liegt ein langer Weg. Und dieser führt die Koalitionäre von CDU/CSU und SPD durch unwegsames Gelände mit Verhandlungen, Kompromissen, Zugeständnissen und Sachzwängen. Die Parteien müssen eine Lösung dafür finden, „was die Wähler da so zusammengewählt haben“, wie es der amtierende Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann

2017 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung formulierte.

Am Ende der Verhandlungen steht der Koalitionsvertrag. 2009 wurde er am schnellsten ausgehandelt – schon 27 Tage nach der Wahl lag das Papier vor. Am längsten dauerte es 2017, als die Verhandlungen von Union, Grünen und FDP scheiterten. Erst 136 Tage nach der Wahl konnte der Groko-Koalitionsvertrag vorgestellt werden. Der Koalitionsvertrag gibt üblicherweise die politische Marschrichtung der Legislaturperiode vor. In Deutschland gilt er als Fundament der Regierungsarbeit, als Wegweiser im turbulenten Politikgeschäft. Doch klar ist auch: Seine praktische Wirksamkeit steht immer wieder in der Kritik. Zu lang sei er, zu detailliert und starr – ungeeignet, um auf die Dynamik weltpolitischer Veränderungen zu reagieren. Und trotz hart errungener Kompromisse scheitern später viele Vorhaben oder führen zu langen öffentlichen Auseinandersetzungen, wie die Ampel-Koalition leidvoll erfahren musste. Wie viel Substanz steckt in dem Vertrag, der eigentlich gar keiner ist? Ist er immer noch ein verlässlicher Kompass für das Regierungshandeln in Deutschland oder doch ein überbürokratisiertes Ritual, das mehr Probleme schafft, als es löst?

„Koalitionsverträge sind rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen. Die Bezeichnung Vertrag suggeriert zwar etwas anderes; wir denken dabei sofort an Pflichten, Rechte und Ansprüche. Sie bleiben aber lediglich politische Wunschlisten, was Koalitionsparteien während ihrer Amtsperiode durchsetzen wollen“, sagt der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof. Gerichtlich einklagbar sind sie also nicht. Und dennoch haben Koalitionsverträge eine starke faktische Bindung, weil keiner der Partner ohne triftigen Grund von den vereinbarten Zielen abrücken möchte – schließlich würde das den Eindruck politischer Unzu-

»Ein zeitgemäßer Koalitionsvertrag sollte mit weniger Detailgenauigkeit arbeiten und auf die unerträgliche Politiklyrik verzichten.«

Jürgen W. Falter, Politikwissenschaftler an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



1965

Wahlperiode 1965–1969**Bundeskanzler:****Ludwig Erhard****Koalition: CDU/CSU, FDP****Nicht veröffentlichte
Koalitionsabsprachen.**

Über die erste kurze Wirtschaftskrise der Bundesrepublik Deutschland zerbricht 1966 die Koalition. Unionsparteien und SPD einigen sich auf die erste Große Koalition.



1969

Dezember 1966:**Bundeskanzler: Kurt Georg Kiesinger****Koalition: CDU/CSU, SPD**

Die Regierungserklärung von Kurt Georg Kiesinger:

31 Seiten

Verzicht auf detaillierten Koalitionsvertrag; teilweise Übernahme der „Leitsätze der SPD für die Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966“ in der Regierungserklärung.

36 Seiten



verlässigkeit erwecken. Hält sich ein Koalitionspartner nicht an die Abmachungen, kann das vom anderen vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung als Bruch eines Vertrags gewertet werden. Und natürlich kann das auch zum Ende einer Koalition führen.

Kompass im Regierungshandeln

„Koalitionsverträge sind einerseits eine Art Fahrplan für die Regierungsarbeit und zumindest dem Gedanken nach auch ein Stabilitätsfaktor und Ordnungsrahmen“, sagt Prof. Dr. Jürgen Falter, Politikwissenschaftler an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Die Koalitionäre versuchen, sich vier Jahre lang daran entlangzuhandeln und möglichst viele der formulierten Projekte auf den Weg zu bringen. Doch das geht auch nur so lange, wie sich die äußeren Umstände nicht gravierend ändern. Dass sich die Weltlage innerhalb kürzester Zeit ändern kann, trotz eines langen und stabilen Friedens in weiten Teilen Europas, zeigt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. „Dann können Koalitionsverträge sehr schnell zu Makulatur werden“, sagt Falter, „und wenn man sich dennoch an den Wortlaut der Verträge klammert, auch zu einer ernsthaften Belastung für die Zusammenarbeit – Stichwort Abschaltung der letzten Atomkraftwerke mitten in einer ernsthaften Energieversorgungskrise.“

Eine bestimmte Form ist für den Vertrag zwar nicht vorgesehen, aber in der Praxis hat sich ein durchstrukturiertes Schriftstück durchgesetzt, an dem die jeweiligen Bündnispartner über Wochen arbeiten. Daraus ergibt sich ein großes öffentliches Interesse an der Kenntnis des Inhalts von Koalitionsvereinbarungen. Deswegen wurden in der jüngeren Vergangenheit etliche Verträge veröffentlicht und frei zugänglich gemacht. Sie trugen Namen wie „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“

im Jahr 1998 bei der ersten rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (SPD), „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit“ bei der Großen Koalition im Jahr 2005 unter Angela Merkels (CDU) Kanzlerschaft oder zuletzt bei der Ampel im Jahr 2021 „Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“.

Um zu verstehen, wie sich Koalitionsabsprachen im Laufe der Wahlperioden zusehends verkompliziert haben, lohnt ein Blick in die Geschichte. Als Konrad Adenauer (CDU) am 21. August 1949 einen ausgewählten Kreis von CDU- und CSU-Politikern in seinem Haus in Rhöndorf nahe Bonn versammelte, lag Deutschland noch immer in Schutt und Asche. An hundertseitige Absichtserklärungen war damals nicht zu denken. Es galt, so schnell wie möglich eine Mehrheit zu bilden, um den Wiederaufbau zu bewältigen. Nach einigen Diskussionen entschieden sich die Teilnehmer der informellen Gesprächsrunde für eine Koalition mit FDP und DP (Deutsche Partei), gegen eine Koalition mit der SPD und nominierten Adenauer als Kanzlerkandidaten der CDU und CSU. Am 15. September 1949 wurde er vom Bundestag zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ▶

»Keep it simple, keep it short! Dann erlangen diese Verträge viel mehr Durchschlagskraft.«

Ferdinand Kirchhof, ehemaliger Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts



1972

1976

1980

Wahlperiode 1972–1976**Bundeskanzler:****Willy Brandt****Koalition: SPD, FDP**

Als maßgeblich gilt die „Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel“ von Willy Brandt vom 18. Januar 1973.

63 Seiten**Wahlperiode 1976–1980****Bundeskanzler:****Helmut Schmidt****Koalition: SPD, FDP**

Die Koalitionsverhandlungen fanden ihren Niederschlag in der Regierungserklärung von Helmut Schmidt vom 16. Dezember 1976.

81 Seiten**41 Seiten**

gewählt. Die Koalitionsabsprachen zwischen den Parteien wurden nicht veröffentlicht, sollen aber in Form eines Briefwechsels abgehalten worden und, soweit bekannt, auf wenige inhaltlich-politische Fragen beschränkt gewesen sein. Vielleicht war es ein einfacher Handschlag, der den Fahrplan für die nächsten vier Jahre besiegelte, vielleicht auch eine Unterschrift. Klar ist jedoch, dass es ein fast stoischer Pragmatismus und der unbedingte Wille zur Veränderung waren, die das politische Nachkriegsdeutschland bestimmten. „Am Anfang der Bundesrepublik gab es keine Koalitionsverträge, sondern bestenfalls mehr oder minder lose Vereinbarungen. Im Lauf der Jahrzehnte wurden die Koalitionsverträge dann formalisiert und immer detaillierter“, betont Falter.

Archivarisch nachweisbar ist die Seitenzahl einer Koalitionsvereinbarung erstmals von der dritten Legislaturperiode zwischen 1957 bis 1961. Mit dem Slogan „Keine Experimente“ erzielten CDU und CSU damals 50,2 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit. Trotzdem ging Adenauer ein Bündnis mit der DP ein. Gerade einmal acht Seiten genügten, um den Inhalt der Schwerpunktfelder festzuhalten: Außen-

politik, Innenpolitik, Kulturpolitik, Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Rechtswesen, Verkehrspolitik und Parlamentarische Zusammenarbeit. Ein Auszug macht deutlich, wie zu Adenauers Zeiten Wert auf Effizienz und politische Handlungsfähigkeit gelegt wurde: „Die Koalitionsfraktionen verständigen sich über einen von Sachverständigen auszuarbeitenden Plan, die Arbeit im Bundestag zu vereinfachen und zweckmäßiger zu gestalten mit dem Ziel a) nicht so sehr ministerielle Facharbeit zu leisten als vielmehr zu politischen Entscheidungen zu kommen; b) Kraft und Zeit der Abgeordneten zu schonen und auf das politisch Wesentliche zu sammeln; [...]“.

Aus Liebe zum Detail

Entgegen diesen Bestrebungen sind die Koalitionsvereinbarungen der Bundesrepublik jedoch immer umfangreicher geworden. Während Konrad Adenauer in jeder seiner Amtszeiten noch mit weniger als zehn Seiten auskam, wuchs der Vertrag unter Willy Brandt (SPD) 1972 bereits auf 63 Seiten. Unter der Regierung von Helmut Schmidt (SPD) erreichte das Schriftstück 1980 einen Umfang von 81 Seiten, Helmut Kohls (CDU) Koalitionsvertrag 1990 kam auf 80. Den bisherigen Rekord stellte Angela Merkel in der Legislaturperiode 2013 bis 2017 mit 185 Seiten auf, dicht gefolgt von der Ampelkoalition mit 177 Seiten.

Aus einer Studie von 2021 zum Thema „Koalitionsverhandlungen im Beziehungsgeflecht von Fraktion und Partei“, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, geht hervor, dass Stimmen in der Politik die Entwicklung zu einer immer detaillierteren Festschreibung der politischen Vorhaben zwar differenziert, unterm Strich jedoch eher kritisch bewerten. So wurden im Rahmen der Studie insgesamt 15 Gespräche mit Spitzenpolitikern geführt, die alle seit 1990 an Koalitionsgesprächen beteiligten Parteien abdecken

»Es wäre sinnvoll, wenn die Ziele mit Kosten-Nutzen-Analysen unterlegt wären. Das ist leider häufig nicht der Fall. Und dann muss im Nachhinein korrigiert werden.«

Achim Wambach, Präsident des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung



1983

1987

1990

1994

8 Seiten

Wahlperiode 1987–1990**Bundeskanzler: Helmut Kohl****Koalition: CDU/CSU, FDP**

Zahlreiche Einzelvereinbarungen, kein ausdrücklicher Koalitionsvertrag.

32 Seiten**Wahlperiode 1990–1994****Bundeskanzler: Helmut Kohl****Koalition: CDU/CSU, FDP**

Koalitionsvereinbarung für die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

80 Seiten

49 Seiten

(CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen). Auf Verständnis traf der „Trend, dass man möglichst viel vorher festzurren möchte, damit danach das Regieren leichter fällt“. Im Koalitionsvertrag von 2013 zwischen Union und SPD unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel sei die „Liebe zum Detail sehr ausgeprägt“ gewesen. Besonders kritische Stimmen bezeichneten die größere Regelungsbreite als „Elend“ oder „grauenvoll“. Koalitionsverträge seien inzwischen so lang, dass sie anfangen, den „normalen parlamentarischen Betrieb zu strangulieren“. Die Arbeit der Abgeordneten verkomme zu einem „bürokratischen Vollzug von Vertragsinhalten“. Wenn Regierungen plötzlich auf Krieg, Inflation oder eine geopolitische Zeitenwende reagieren müssen, bleibt für die bloße Abarbeitung eines Vertrags wenig Spielraum. Ein Interviewpartner aus der Studie hielt zu solchen „externen Schocks“ fest, es sei inzwischen „vergebene Liebesmüh, so detailliert einen Vierjahreszeitraum“ regeln zu wollen.

Dass sich die politischen Rahmenbedingungen rasant ändern können, weiß auch der zum Redaktionsschluss noch amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen). Er betont die Flexibilität und die Weitsicht, die es braucht, um die gesamte Legislaturperiode über handlungsfähig zu bleiben: „Bei Koalitionsverträgen kommt es nicht nur darauf an, welche Maßnahmen drinstehen, sondern auch auf Ziele, gemeinsame Überzeugungen und damit ein Grundverständnis: Wie reagieren wir gemeinsam auf das, von dem wir zum Abschluss der Verhandlungen noch nicht wissen, dass es auf uns zukommt?“ Ein Koalitionsvertrag ist kein in Stein gemeißeltes Gesetz, sondern ein Arbeitsplan – eine Absichtserklärung, die Raum für Anpassung, für Reflexion lassen muss. Starres Festhalten an einmal vereinbarten Zielen kann zum Selbstzweck werden. Doch oft führt die Unterzeichnung ei-

nes solchen Vertrags dazu, dass Politiker mit Scheuklappen der reinen Fachlichkeit folgen und stoisch auf das formulierte Ziel hinarbeiten – ungeachtet neuer Realitäten. Was stattdessen gefragt wäre, ist eine instrumentelle Vernunft: die Fähigkeit, Politik nicht als dogmatische Umsetzung, sondern als dynamischen Prozess zu begreifen.

Auch Dr. Georg Milbradt (CDU), ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, betont, dass Politik nur dann handlungsfähig bleibt, wenn sie bereit ist, auf äußere Umstände flexibel zu reagieren: „Das stand schon im römischen Recht, in der ‚clausula rebus sic stantibus‘: Wenn sich die entscheidenden Umstände ändern, welche die Geschäftsgrundlage bilden, hat man Anspruch darauf, die Verträge zu ändern. So ein Vertrag darf nicht als Korsett gesehen werden.“ Am Ende gehe es um eine Vertrauensbasis. Milbradt zufolge beruht die Fülle der heutigen Koalitionsverträge auf einem großen Misstrauen zwischen den Parteien. Man versuche, alles möglichst detailliert festzuhalten, selbst Einzelheiten, die im Gesetzgebungsverfahren festgelegt werden. „Das kann in Koalitionsverhandlungen gar nicht geleistet werden. Man muss sich auf das Wesentliche konzentrieren.“

Das unterstreicht auch Franz Müntefering, ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD und Vizekanzler im ersten Kabinett Merkel: „Koalitionsverträge sind sinnvoll und nötig. Sie sollen die Themen ansprechen, die ▶

»So ein Vertrag darf nicht als Korsett gesehen werden.«

Georg Milbradt, Sächsischer Ministerpräsident a.D., Wirtschaftswissenschaftler



1998

51 Seiten

2002

Wahlperiode 2002–2005**Bundestkanzler:****Gerhard Schröder****Koalition:****SPD, Bündnis 90/Grüne**

Koalitionsvereinbarung für die 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

71 Seiten

166 Seiten

**Wahlperiode 2009–2013****Bundestkanzlerin: Angela Merkel****Koalition: CDU/CSU, FDP**

„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP“

132 Seiten

2005

2009

man gemeinsam, mit Vertrauen zueinander, sachlich und zielstrebig zu guten Lösungen führen will, nicht schon die Lösungen der Probleme in wesentlichen Details. Denn die hektischen Tage der Koalitionsvereinbarungs-Suche lassen nicht genügend Zeit für eine wirklich sattelfeste, gesetzesmäßige Lösungsfindung.“

Der Streit um die Heizung

Das Gebäudeenergiegesetz ist ein Paradebeispiel dafür, wie Koalitionsverträge in der politischen Praxis an ihre Grenzen stoßen können. Im Koalitionsvertrag von 2021 hatte die Ampelregierung festgelegt, dass ab 2025 jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Um einem Gasmangel nach dem russischen Angriffskrieg vorzubeugen, entschied der Koalitionsausschuss, diese Regelung bereits für 2024 wirksam werden zu lassen. Der Konflikt war programmiert: Die FDP, die Verfechter von Technologieoffenheit und Marktwirtschaft ist, stellte sich gegen die Forderung nach einer schnelleren Einführung und verlangte weitreichende Änderungen, auch um, wie es Christian Dürr, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion in der 20. Legislaturperiode formulierte, den „Geldbeutel der Bürger“ zu schützen.

»Die hektischen Tage der Koalitionsvereinbarungs-Suche lassen nicht genügend Zeit für eine wirklich sattelfeste, gesetzesmäßige Lösungsfindung.«

Franz Müntefering, Vizekanzler a. D., ehem. SPD-Vorsitzender



Er betonte, dass Klimaneutralität in der Realität umsetzbar sein müsse: „Die Heizung muss zum Haus passen.“ Die Gegensätze innerhalb der Koalition, verstärkt durch externe Herausforderungen wie steigende Baukosten und Handwerkerangel, führte zu einem monatelangen Streit.

Das Beispiel zeigt, dass Koalitionsverträge nicht vor politischem Streit und Machtkämpfen schützen. Der politische Wille, Widerstand in der Bevölkerung und unvorhergesehene äußere Einflüsse können selbst das ambitionierteste Vorhaben ins Wanken bringen. Prof. Achim Wambach, Präsident des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, wirbt trotzdem dafür, wenigstens den Versuch zu unternehmen, in die Zukunft zu schauen, um die Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Erfolg und der Umsetzung progressiver Pläne zu prüfen: „Es wäre sinnvoll, wenn die Ziele mit Kosten-Nutzen-Analysen unterlegt wären. Das ist leider häufig nicht der Fall. Und dann muss im Nachhinein oft korrigiert werden.“

Deutschland Bürokratieland

Schaut man über die Grenzen Deutschlands hinaus, wird schnell klar, dass Koalitionsregierungen in Europa eher die Regel als die Ausnahme sind. In vielen europäischen Ländern gibt es Mehrparteiensysteme, in denen eine einzelne Partei selten die absolute Mehrheit erreicht. Parteien sind gezwungen, Koalitionen zu bilden, um regierungsfähig zu sein. So weit, so gut. Die Ausgangslage ist dieselbe, doch wenn es um die „Liebe zum Detail“ geht, lassen viele Länder im Koalitionsvertrag Mäßigung walten. Dänemarks Dreiparteienbündnis aus Sozialdemokraten, Liberalen und Moderaten konnte sich auf ein Papier von 60 Seiten einigen. In Schweden umfasst der aktuelle Koalitionsvertrag, auf den sich Moderate, Christdemokraten und Liberale verständigt haben, 63 Seiten. In den Niederlanden sind die Koalitionsapiere der vergange-

**Wahlperiode 2013–2017****Bundeskanzlerin:****Angela Merkel****Koalition: CDU/CSU, SPD**

„Deutschlands Zukunft gestalten:
Koalitionsvertrag zwischen
CDU, CSU und SPD“

185 Seiten

175 Seiten

2013

2017

Wahlperiode 2021–2025**Bundeskanzler****Olaf Scholz****Koalition: SPD, Bündnis 90/
Die Grünen, FDP**

„Mehr Fortschritt wagen:
Bündnis für Freiheit,
Gerechtigkeit und Nach-
haltigkeit. Koalitionsvertrag
zwischen SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und FDP“

177 Seiten

2021

nen und der aktuellen Regierung 58 bzw. 29 Seiten kurz. Ein Garant für eine handlungsfähige Politik ist der Umfang jedoch nicht. Der niederländische Koalitionsvertrag hielt nach der Wahl von 2021 keine zwei Jahre. Und der aktuelle Vertrag steht angesichts der Konflikte in der niederländischen Regierung auf einem bröckeligen Fundament.

Cem Özdemir fordert im Hinblick auf Koalitionen: „Eine Regierung ohne starkes Vertrauen muss sich dieses erarbeiten – durch konkretes Handeln und Ergebnisse, und das am besten: schnell, dynamisch, verlässlich. Sie muss beweisen, dass sie bereit ist, Probleme zu lösen, und das für die ganze Gesellschaft, nicht nur die eigene Wählergruppe.“ Koalitionsverhandlungen sind nicht nur Sache des Bundes – auch die Bundesländer mischen mit. Ministerpräsidenten und Spitzenpolitiker sitzen am Tisch, oft mit klarem Kalkül: Sie wollen finanzielle Mittel und Einfluss für ihre Länder sichern.

Dieses Ringen erschwert nicht nur die Regierungsbildung, sondern auch die Umsetzung der Vorhaben. So entsteht eine Verantwortungsdiffusion: Jeder fordert etwas und bestimmt mit – aber niemand trägt die volle Verantwortung. Für zukunftsfähigere Koalitionsverträge braucht es darüber hinaus neue Ansätze: Weniger Detailvorgaben, mehr strategische Leitlinien. Mehr Flexibilität, um Politik an die Realität anzupassen. Aber keine radikale Autonomie der Ministerien nach dem Motto: „Jeder Koalitionär macht in seinem Ressort seine Politik“. Denn dann wird die Politik einer Bundesregierung widersprüchlich. Ohne Veränderungen drohen Koalitionsverträge jedoch weiter an der politischen Realität zu scheitern.

Keep it simple, keep it short!

Wenn Friedrich Merz seinen Worten vom Wahlabend des 23. Februars Taten folgen lassen und bis Ostern eine handlungsfähige Regierung bilden will, sollte er bei den Verhandlungen nicht nur auf

die Zeit achten, sondern beim Koalitionsvertrag auch auf die Seitenzahl. Denn eines ist klar: Die Lage ist zu ernst für verklausulierte Worthülsen und überbürokratisierte Absichtserklärungen. Das unterstreicht Ferdinand Kirchhof: „Keep it simple, keep it short! Dann erlangen diese Verträge viel mehr Durchschlagskraft.“ Auch Jürgen Falter fordert mehr Mut zur Lücke: „Ein zeitgemäßer Koalitionsvertrag sollte sich auf die großen Linien der Politik beschränken und sich darauf konzentrieren, was man wirklich anpacken will, also mit weniger Detailgenauigkeit arbeiten und auf die manchmal geradezu unerträgliche Politiklyrik verzichten.“

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann jedenfalls hat noch am Wahlabend beim Politalk „maybrit illner“ einen ersten Vorstoß unternommen. Er schlug vor, zunächst einen kurzen Koalitionsvertrag, 20 oder 30 Seiten lang, für ein Jahr auszuarbeiten und zehn große Projekte zu benennen, um dem Handlungsdruck in Außen- und Verteidigungs-, Migrations- und Wirtschaftspolitik gerecht zu werden. „Nach dem Jahr“, so Linnemann, „kann man sich gerne wieder hinsetzen.“ Ob das unkonventionell ist? Vielleicht. Aber vielleicht braucht es solch eine frische Prise Pragmatismus, um Deutschland aus der Misere zu helfen. P

**»Wie reagieren wir auf das,
von dem wir zum Abschluss
der Verhandlungen noch
nicht wissen, dass es auf
uns zukommt?«**

Cem Özdemir,
Bundeslandwirtschaftsminister



**»Wir brauchen
mehr Flexibilität und
sollten weniger
versuchen, stumpf einen
Vertrag abzuarbeiten.«**

.....
Gitta Connemann, über die Notwendigkeit
flexiblerer Koalitionsverträge



»Agilität statt Abarbeiten«

Für **GITTA CONNEMANN** (CDU), Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, ist klar: Wer sich den großen Linien der Politik widmet und Handlungsfähigkeit beweist, erlangt auch verloren geglaubtes Vertrauen zurück.

Hinter uns liegt ein intensiver Wahlkampf. Wie bewerten Sie die vergangenen Monate?

Gitta Connemann: Der Wahlkampf war kurz und extrem heftig – leider nicht nur verbal. Wir haben insbesondere als Christdemokraten von Diffamierung über Zerstörung bis zu persönlichen Bedrohungen alles erlebt. Ich habe inzwischen zum siebten Mal kandidiert. Und deshalb viele Wahlkämpfe mitgemacht – auch in schwierigen Zeiten. Aber ich habe noch nie erlebt, dass unsere Plakate flächendeckend bereits in der ersten Nacht, nachdem gehängt worden ist, zerstört und Banner beschmiert worden sind. Dazu kamen Angriffe auf Kreisgeschäftsstellen oder die Belagerung von Veranstaltungshallen wie in München am Samstag vor der Wahl durch aggressive Störer. Das lässt mich sehr nachdenklich zurück.

Wie erklären Sie sich die Zunahme von solch überschreitendem Verhalten?

Connemann: Für mich ist dies Ausdruck einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft. Die Tonart ist härter geworden, die Bereitschaft, anderen zuzuhören, kleiner und die Neigung zu Verbalkeulen und persönlichen Angriffen ausgeprägter. Mich treibt eine Erhebung um, die Allensbach seit vielen Jahren durchführt: der Freiheitsindex. Es geht um die Frage: Können Sie in diesem Land Ihre Meinung frei sagen? 1990 waren es 78 Prozent, die sagten: Ja, natürlich. 2024 waren es nur noch 47 Prozent. Und ich weiß nicht, wie niedrig die Zahl aktuell wäre. Die Mehrheit der Bevölkerung hat das Gefühl, sich in der Öffentlichkeit nicht oder nur noch eingeschränkt äußern zu können. Menschen, die ihre Meinung nicht mehr sagen, haben aber dennoch eine. Sie äußern diese Meinung nur in Blasen. Und Blasen bringen immer Gefahren mit sich: sich zu verlieren an Rändern, in kleinen, vielleicht extremeren Gruppen. Meinungsfreiheit ist eine tragende Säule der Demokratie. Wir müssen deshalb zu einer Sprache zurückkommen, die deutlich macht: Ich bin nicht deiner Meinung, aber ich höre dir zu und bin bereit, diese zu ertragen. Das gilt für Politik, Medien, Kirchen und NGOs in gleicher Weise. Demokra-

Vita

Gitta Connemann

ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und engagiert sich vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft und Mittelstand. Connemann war vor ihrer politischen Laufbahn als Rechtsanwältin tätig. Neben ihrer politischen Arbeit setzt sie sich aktiv für den Erhalt der friesischen Kultur ein, insbesondere für die Traditionen und Sprache ihrer Heimatregion Ostfriesland.

tie lebt von der auch strittigen Diskussion unterschiedlicher Positionen.

Bei der Wahl im Februar erzielten Sie in Ihrem Wahlkreis Unterems ein respektables Erststimmenergebnis von 40,5 Prozent. Wie schafft man Vertrauen in so unruhigen Zeiten?

Connemann: Das ist wohl die Kernfrage. Denn Vertrauen ist das Fundament jeder Beziehung. Deshalb ist der grassierende Vertrauensverlust verheerend. Viele Menschen vertrauen nicht mehr – weder den Kirchen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der Politik ohnehin nicht, noch nicht mal mehr ihrem Hausarzt. Wie lässt sich also wieder Vertrauen herstellen? Ich glaube, es ist wichtig, klar zu sein, niemandem nach dem Mund zu reden, verlässlich zu agieren, keine unerfüllbaren Versprechen zu machen. Und sich zu kümmern. Mich erreichen jeden Tag Bürgeranfragen. Es gelingt mir vielleicht in einem Drittel der Fälle, irgendwas zu tun. Zwei Dritteln muss ich sagen: Ich kann nicht helfen. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf Antworten – selbst wenn es eine negative ist. Ich setze deshalb persönlich auf folgendes Konzept: sich kümmern, auf Augenhöhe kommunizieren, kurzum: Bürgernähe.

Eine Woche nach dem Debakel bei der Bundestagswahl hat Peter Tschentscher die SPD in Hamburg zum Sieg geführt. Könnte sein Modell für pragmatische Politik nun bei den Sondierungen in Berlin als Vorbild dienen?

Connemann: Unbedingt. Für Hamburg war bezeichnend: weniger Streit und mehr Einigkeit – auch in der Außenwahrnehmung. In der Rückschau auf die Ampel werden sicherlich die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ihre Enttäuschung, ihre Wut nicht an einer Sachentscheidung festmachen, sondern am Auftritt der Ampel insgesamt. Ich habe noch die Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP vor Augen, die ja für unsere Verhältnisse ganz neu waren. Es wurde nur tagsüber verhandelt, man verließ zum Feierabend fröhlich pfeifend die Verhandlungsräume und machte herrliche Selfies. Dann folgte aber ▶

A portrait of Gitta Connemann, a woman with dark, wavy hair and blue eyes, wearing a white blouse. She is seated at a wooden table with papers, gesturing with her hands as if in conversation. The background is softly blurred, showing an indoor setting with plants and a window.

»Kompromissfähigkeit war noch nie so gefordert wie jetzt. Jeder wird schmerzhaft Einbußen machen müssen. Das ist das Wesen einer Koalition.«

Gitta Connemann, über die Dringlichkeit, schnell zu einer handlungsfähigen Regierung zu kommen

der Absturz. Aus der sogenannten Fortschrittskoalition wurde eine Chaoskoalition, die wegen ihrer Zerstrittenheit in die Geschichte eingehen wird. Jede Koalition sollte daraus lernen: Diskussionen immer, aber dann bitte intern. Extern weniger Streit, mehr Einigkeit.

Worauf kommt es beim Ausarbeiten des Koalitionsvertrages jetzt an?

Connemann: Wenn man zurückschaut, war der Koalitionsvertrag der Ampel bereits drei Monate nach seiner Unterzeichnung durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nicht mehr zeitgemäß. Und es stellte sich heraus, dass Grundfragen offenbar nicht geklärt waren. Es wurden Sollbruchstellen in die Regierungsarbeit getragen. Es sollten die großen Linien geklärt werden, ohne sich in Details zu verlieren. Die Bundesregierung muss Raum haben, den Koalitionsvertrag, wenn nötig, auch während der Regierungszeit weiterzuentwickeln. Außerdem müssen wir lernen, mit Unsicherheiten, die unsere Welt charakterisieren, umzugehen, also Agilität statt Abarbeiten. Wir müssen priorisieren. Und schließlich gilt es, eine neue Grundlage für Vertrauen zu schaffen, mit guter Kommunikation, mit Verlässlichkeit und klaren Rahmenbedingungen. Bürger und Betriebe müssen wissen, was auf sie zukommt. Das ist unabdingbar, um Vertrauen zurückzugewinnen. Wenn uns das nicht gelingt, droht diese Republik 2029 blau zu werden.

Ihr Kollege Carsten Linnemann hat vorgeschlagen, sich zunächst für das erste Jahr auf ein 20-seitiges Dokument zu begrenzen. Halten Sie das für einen sinnvollen Ansatz, um mehr Pragmatismus in die Regierungsarbeit zu bringen?

Connemann: Ja. Wir wissen heute nicht, was morgen passiert. Vor einigen Tagen haben wir erlebt, dass das transatlantische Bündnis, das als unzerrüttbar galt, auf offener Bühne angeschlagen wurde. Auf einmal stellt sich die Frage: Wie stellen wir die Verteidigungsbereitschaft und Wehrfähigkeit Europas her? Deswegen sollte man auf Sicht fahren. Flexibilität muss erhalten werden. Die stumpfe Abarbeitung eines auf vier Jahre geschlosse-

nen Koalitionsvertrages erscheint mir damit nicht vereinbar.

Ist ein 180 Seiten langer Koalitionsvertrag überhaupt noch zeitgemäß?

Connemann: Eigentlich nicht. Wenn ich mir allein unser Wahlprogramm anschau, kommt dort schon einiges zusammen. Und je höher der Detailgrad, desto umfangreicher wird ein Koalitionsvertrag. Aus meiner Sicht wird der Koalitionsausschuss in Zukunft eine sehr viel größere Bedeutung bekommen. Es wird zwingend erforderlich sein, sich dort kontinuierlich abzustimmen.

Müssen Koalitionspartner heutzutage mehr Abstriche machen können?

Connemann: Kompromissfähigkeit war noch nie so gefordert wie jetzt. Das gilt auch für CDU, CSU und SPD. Zu glauben, dass eine der beteiligten Parteien zu hundert Prozent ihre Punkte durchsetzen kann, um dann in lautes Jubelgeheul auszubrechen, ist ein Irrglaube. Alle Beteiligten werden schmerzhaft Einbußen machen müssen. Das ist das Wesen einer Koalition.

Bei welchen Schwerpunktthemen sehen Sie für die neue Bundesregierung den größten Handlungsbedarf?

Connemann: Die erste Priorität hat die Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei geht es unter anderem um die kurzfristige Herausforderung, die Ausstattung unserer Bundeswehr sowohl finanziell als auch personell zu verbessern. Der zweite Schwerpunkt liegt bei der Wirtschaftspolitik und der Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit. Derzeit bricht in Deutschland jeden Tag Substanz weg. Pro Stunde melden drei Betriebe Insolvenz an. Hinzu kommen Betriebsaufgaben in bedrohlicher Höhe. Im Jahr 2023 waren es insgesamt 176.000. Nur 11 Prozent dieser Schließungen waren die Folgen einer Insolvenz. Die Betriebsaufgaben erfolgten aus ganz unterschiedlichen Gründen: zu hohe Energiekosten, zu viel Regulierung, fehlende Mitarbeiter. Deswegen steht für uns an vorderster Stelle die Senkung der Energiekosten und der Rückbau von Bürokratie. Die Überregulierung belastet die Betriebe nicht nur mit mehr als 140 Milliarden

Euro pro Jahr, sondern raubt ihnen Zeit, Kraft und Zuversicht. Das dritte Kernthema ist die Migration. Nicht nur, weil wir als Union einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt haben. Vielmehr bewegt dieses Thema die Menschen – egal ob jung oder alt. Mit jedem Anschlag erwarten die Bürgerinnen und Bürger drängender, dass die Zeit der Sprechblasen und der Betroffenheitslyrik vorbei ist. Wir müssen handeln und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen. Denn sonst haben wir dem Hauptnährboden der AfD nichts entgegenzusetzen.

Welchen Plan hat die CDU für ein starkes Europa?

Connemann: Wir müssen die Begeisterung und Verantwortung für Europa wiederentdecken. In den letzten dreieinhalb Jahren war die aktuelle Bundesregierung in Europa faktisch nicht sichtbar. Ständige Enthaltungen waren auch Ausdruck mangelnden Engagements für Europa. Wir müssen wieder Führung für Europa anbieten. Dazu braucht Deutschland Meinung, kein „German Vote“. Dafür steht Friedrich Merz als leidenschaftlicher Europäer. Kurz vor der Wahl hat er alle Vorsitzenden der EVP-Familie, die Kommissions- sowie die Parlamentspräsidentin nach Berlin eingeladen. Die Zeit von deutscher Unentschlossenheit und Sprachlosigkeit wird vorbei sein. Wir müssen aber auch der deutschen Bevölkerung wieder deutlich machen: Nur mit einem starken Europa sind wir als Deutschland stark.

Sie sagen, der Vorsitz der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) sei das schönste Ehrenamt der Welt.

Connemann: Der Mittelstand in Deutschland steht für mich für Mut, Ideen und Taten. Es sind Macherinnen und Macher, vom Arbeitnehmer bis zum Familienunternehmer. Diese Menschen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – für ihre Betriebe, im Ehrenamt, für ihre Familien, für nachfolgende Generationen, für dieses Land. Viele von ihnen engagieren sich in der MIT. Und geben mir Rückhalt, machen mich stark, schenken mir Vertrauen. Das erfüllt mich jeden Tag mit Dankbarkeit und Demut. 

Das Gespräch führte Tim Winter



Warum gibt es so viele Beschwerden über DHL?

Verspätete Briefe, verschwundene Pakete und überforderte Paketboten – der Logistikriese DHL (vormals Deutsche Post) kämpft mit wachsendem Frust seiner Kunden.

Beschwerden 2023

in Prozent

Quelle: Bundesnetzagentur

Antragsgründe

54,20

Verlust/
Entwendung

18,45

Beschädigung

27,35

Sonstiges

Antragssteller

59,36

Absender

40,33

Empfänger

0,31

Sonstige



18.590

2017

Weniger Briefpost

Anzahl der beförderten Briefe durch die DHL Group in Millionen Stück

Quelle: Statista

14.260

2020

13.316

2023



1. Das Problem:

Wenn jede Beschwerde eine zu viel ist, dann hat DHL im vergangenen Jahr zuverlässig geliefert – im Schnitt rund 130-mal am Tag. Rund 31.700 Beschwerden gingen allein in den ersten drei Quartalen 2024 bei der Bundesnetzagentur, der Aufsichtsbehörde des Bundes, ein. Das waren 25 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2023. Kunden ärgern sich über verspätete Zustellungen, unleserliche oder fehlende Abholzetteln, verlorene oder beschädigte Sendungen und einen überforderten Kundenservice. Teilweise kommt die Briefpost nur noch einmal pro Woche, ärgern sich Private und Unternehmen. Seit Anfang dieses Jahres kommt hinzu: Mussten bei nationalen Briefen bislang 95 Prozent der Sendungen spätestens nach zwei Werktagen angekommen sein, hat die Post dafür nun drei Tage Zeit. Gleichzeitig steigt das Porto: für Standardbriefe von 0,85 auf 0,95 Euro, für Postkarten noch drastischer von 0,70 auf 0,95 Euro und für ein Päckchen von 4,79 auf 5,19 Euro (Größe M). Für viele Verbraucher ein zusätzlicher Frustfaktor. Anfang März setzte DHL noch eins drauf: Nach einem Gewinneinbruch im Briefgeschäft baut das Unternehmen in Deutschland bis Ende des Jahres 8000 der rund 190.000 Stellen in der Sparte Post&Paket ab.

Auffällig: Die Beschwerden richten sich zwar gegen die gesamte deutsche Brief- und Paketpost, aber mit 90 Prozent entfällt der Löwenanteil auf den Marktführer DHL. Antonia Niederprüm, Leiterin der Abteilung Post und Logistik beim Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK), überrascht das nicht. Bei den Paketdienstleistern sei die DHL Group mit einem Marktanteil von mehr als 40 Prozent unangefochtener Marktführer. Große Konkurrenten sind Amazon, Hermes, dpd, GLS, UPS. Bei Briefen kommt die Post auf rund 85 Prozent.

Offiziell firmiert der 1995 privatisierte und seit dem Jahr 2000 börsennotierte Logistikriese heute unter DHL Group, zuvor unter Deutsche Post DHL Group. Das Briefgeschäft läuft immer noch unter Deutsche Post. Namensgeber des deutschen Konzerns sind die

Anfangsbuchstaben der US-Unternehmer Adrian Dalsey, Larry Hillblom und Robert Lynn. Ihren Paketdienst übernahm die Post 2002.

2. Die Gründe:

Während das Briefgeschäft immer weiter schrumpft, weil Private chatten und mailen und auch Unternehmen verstärkt online kommunizieren sowie zum Beispiel künftig E-Rechnungen verschicken müssen, boomt das Paketgeschäft vor allem dank des beliebten E-Commerce. Mit kostenlosen Retourenlabels befeuern die großen Händler die Lust auf Shopping im Netz zusätzlich. In Zahlen: Im Jahr 2023 stellte DHL in Deutschland rund 1,73 Milliarden Pakete zu, was einem Anstieg von etwa zwei Dritteln gegenüber 2013 entspricht. Auch nach dem Corona-Peak 2022 mit 1,82 Milliarden Paketen blieben die Zahlen hoch. Seit 2013 sank die Zahl der beförderten Briefe hingegen um gut 30 Prozent.

Hinzu kommt, dass es keine Pflicht zur Quittierung für Sendungen mehr gibt. Paketzusteller können die Ware an einem vom Kunden festgelegten Ablageort, etwa Nachbar, Filiale oder Kiosk, abstellen. Damit entfällt der direkte Kundenkontakt. „Das spart Zeit und entlastet die Paketboten, birgt aber auch eine Gefahr für Diebstähle und Verlust“, sagt Niederprüm. Der Tätigkeitsbericht 2022/23 der Bundesnetzagentur belegt diese Aussage. Mit gut 54 Prozent werden Verlust und Diebstahl als häufigster Grund für eine Beschwerde angegeben.

Darüber hinaus gibt es einen hohen Bedarf an zusätzlichem Personal. Bezahlung und die physisch anstrengende Arbeit schrecken viele Bewerber ab. Bezahlte werden die DHL-Paketzusteller nach Tarifvertrag. Laut Jobportal Kununu liegt das durchschnittliche Jahresgehalt für Zusteller bei DHL bei etwa 31.700 Euro brutto, was einem monatlichen Bruttogehalt von rund 2.640 Euro entspricht. Hermes zahlt danach besser,

GLS und dpd zahlen schlechter.

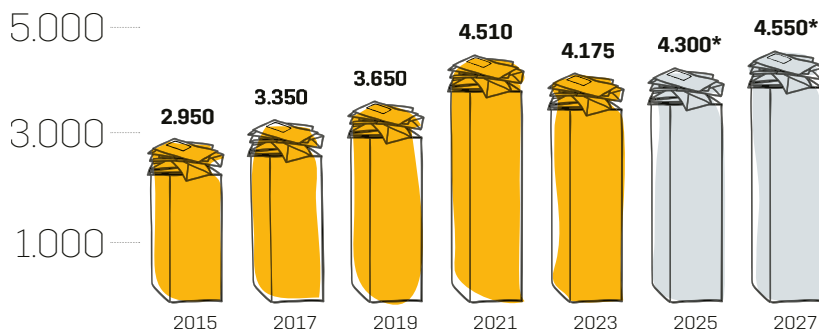
Die Zusteller, aktuell sind es rund 115.500 bei der DHL Group, arbeiten zudem oft unter Zeitdruck, was Fehler und Verzögerungen begünstigt. „Wenn es Schwierigkeiten in der Paketzustellung gibt oder diese sehr lange dauert, liegt dies natürlich auch am fehlenden Personal“, sagt Niederprüm. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Paketzusteller immer mehr verbalen Anfeindungen und körperlichen Angriffen ausgesetzt sind. „Bei DHL gab es in Berlin den Fall, dass ein Fahrer ins Krankenhaus musste, weil ein Kunde ihn schlimm verprügelt hat. Viele schmeißen auch wegen solcher Vorkommnisse ihren Job hin“, erzählte Christina Dahlhaus, Vorsitzende der Fachgewerkschaft DPV-KOM, der WELT. Wer durchhält, ist anfällig für Fehlzeiten. Laut Gesundheitsreport der Barmer Krankenkasse liegt der Krankenstand in der Logistik und Verkehrsbranche um 47 Prozent höher als im Durchschnitt aller Berufe. Von 1.000 Beschäftigten fallen täglich fast 105 krankheitsbedingt aus. Auffällig waren dabei die hohen Fehlzeiten aufgrund von Muskel-Skelett-Erkrankungen. Dieser hohe Krankenstand belastet die gesamte Branche.

Damit nicht genug. Auch die Infrastruktur trägt zur schlechten Servicequalität bei. Denn die hält mit dem Paketboom nicht Schritt. Während sich die Deutschen immer mehr liefern lassen, dünnte DHL das Filialnetz aus, um Kosten zu senken. Der Logistiker betrieb im Jahr 2022 gut 12.700 Filialen in Deutschland – zwar rund 700 mehr als gesetzlich vorgeschrieben, doch im Vergleich zu 2015 mit 13.160 Filialen ist ihre Anzahl über die Jahre zurückgegangen. Der Weg für die Kunden wird länger und vor allem kleine Kioske sind oftmals mit Paketen derart überfrachtet, dass der Kunde kaum zur Kasse vordringt. Kein Wunder, dass so manches Paket verloren geht. Last but not least führt die Bundesnetzagentur die

Viel mehr Pakete

von Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP)
in Millionen Stück

Quelle: Statista; * Prognose



vielen Beschwerden auch darauf zurück, dass Verbraucher durch die Medien besser über ihre Beschwerdemöglichkeiten informiert sind.

3. Die Lösung:

Höhere Löhne und bessere Sozialleistungen könnten helfen, mehr Personal zu gewinnen und zu halten. „Die Einstiegshürden sind gering, was die Logistikbranche für viele attraktiv macht. Auch Geringqualifizierte finden hier sehr gut Arbeit“, sagt Niederprüm. Mit 38 Prozent liegt der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verkehrs- und Logistikbranche laut dem Statistischen Bundesamt über dem Durchschnitt. „Ohne diese Beschäftigten könnte die Paketbranche diese Flut an Sendungen nicht bewältigen. Neben der Einstellung von mehr Personal ist es wichtig, dass die Arbeit einen gesundheitlich nicht kaputt macht. Dazu können auch die neuen Änderungen im Postgesetz beitragen“, erklärt Niederprüm.

Die am 19. Juli 2024 in Kraft getretene Novelle des Postgesetzes will gezielt die Paketzusteller entlasten. Pakete über zehn Kilogramm müssen klar gekennzeichnet sein, schwere Sendungen über 20 Kilogramm sollen von zwei Personen getragen werden – es sei denn, technische Hilfsmittel wie Treppenstein-Sackkarren kommen zum Einsatz. Die Kriterien für geeignete Hilfsmittel sollen dazu in einer Verordnung festgelegt werden. „Durch das neue Postgesetz erhält die Post als Universaldienstleister mehr Zeit für die Zustellung von Briefen. Zugleich steigt das Briefporto nur moderat. Außerdem stärken wir den

Wettbewerb auf dem Paketmarkt und schützen ihn vor Überregulierung. Besonders wichtig war uns als FDP, dass in der Paketzustellung weiterhin Subunternehmer beschäftigt werden dürfen“, sagt Reinhard Houben von der FDP, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Obmann im Wirtschaftsausschuss im Bundestag in der letzten Legislaturperiode.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD wollen das neue Postgesetz dahingehend abändern, dass Pakete mit einem Gewicht von 23 Kilogramm nur mit zwei Personen zugestellt werden dürfen – ohne Ausnahme. Houben sieht dies kritisch: „Wer kontrolliert, ob schwere Pakete von zwei Personen getragen werden. Der Vorschlag ist gut gemeint, geht aber an der Realität vorbei. Gesetze müssen sich an der Realität messen lassen und nicht am Wunschdenken von Politikerinnen und Politikern.“

Profitieren könnten Verbraucher und DHL-Konkurrenten von einer Wettbewerbsklausel. Mit dem neuen Postgesetz sollen kleinere Wettbewerber wie regionale Briefdienstleister besser am wachsenden Online-Handel teilnehmen können. Künftig können sie kleinformige Warensendungen, die häufig beim privaten Online-Verkauf in Päckchen oder Briefumschlägen versendet werden, der Deutschen Post übergeben, wenn die Sendungen außerhalb des eigenen Gebietes zugestellt werden müssen.

Neben der bereits beschlossenen Reform können zusätzliche Packstationen, größere Lagerkapazitäten und modernere Technologien die Zusteller entlasten. Das Postgesetz sieht erst-

mals die Möglichkeit vor, automatisierte Stationen als Filialen anzuerkennen. Wie in einer kleinen Postfiliale können die Kunden an den Automaten Brief- und Paketmarken kaufen, Briefe und Pakete versenden und nach vorheriger Registrierung empfangen sowie mit einem Service-Mitarbeiter chatten. Auf weniger technikaffine und digital fitte Nutzer dürfte mit den Automaten eine echte Herausforderung zukommen. „Diese Modernisierung und Flexibilisierung wird von der Deutschen Post sehr begrüßt, da es in manchen Orten immer schwerer wird, geeignete Ladenlokale oder Einzelhändler zum Betrieb von Filialen zu finden“, freut sich hingegen die DHL Group. In der Praxis entscheidet sie künftig zusammen mit der Bundesnetzagentur, ob eine Region durch eine Filiale oder einen Automaten versorgt wird. Mit einem Digitalen Post-Atlas will die Bundesnetzagentur Kunden über nahe gelegene Postservices informieren.

Bis 2030 will DHL die Zahl ihrer Abhol- und Abgabestationen auf 30.000 Stück steigern, um die Kosten weiter zu senken. Derzeit gibt es 14.200 Pack- und 800 Poststationen. Um dem Ziel näher zu kommen, wirbt DHL mit Flyern bei Einzelhändlern, Unternehmen, Behörden, Immobilienfirmen. Sie sollen auf freien Flächen ihrer Grundstücke Packstationen aufstellen, erhalten eine monatliche Vergütung, während DHL alle Kosten trägt: für Herstellung, Planung, Wartung, Reinigung und natürlich Anlieferung.

Eine gute Nachricht zum Schluss: Immer mehr Online-Händler lassen dem Kunden die Wahl. Ob DHL, Hermes oder etwa dpd die bestellten Waren bringen soll, kann er selbst entscheiden. P

Weniger Service

Im Jahr 2022 gab es verglichen mit 2012 in Deutschland rund vier Prozent weniger Annahmestellen, Filialen und Agenturen der DHL Group.

Quelle: Bundesnetzagentur





Wie viel wiegt eine Wolke?

Wolken ziehen am Himmel vorüber und wirken dabei federleicht. Doch dieser Eindruck täuscht: In Wahrheit tragen sie eine erstaunliche Masse mit sich herum. Aber wie schwer ist eine Wolke wirklich? Gesucht wird das Gewicht einer Haufenwolke (Cumulus) mit einem Volumen von einem Kubikkilometer.

Wissen Sie, was eine Wolke auf die Waage bringt?

A 0,5 Tonnen
– so viel wie ein
Konzertflügel.

B 100 Tonnen
– so viel wie
100 Kleinwagen.

C 1.000 Tonnen
– so viel wie
200 Elefanten.

Die richtige Antwort:

Die Vorstellung, dass Wolken leicht und schwerelos sind, trägt. Eine typische Schönwetterwolke mit einer Ausdehnung von einem Kubikkilometer wiegt etwa 1.000 Tonnen. Richtig ist somit Antwort C. Um das Gewicht einer Wolke zu bestimmen, braucht man zwei Angaben. Zum einen die Größe der Wolke: Meteorologen schätzen diese anhand von Wolkenbildern und Messdaten, was bei Schönwetterwolken einfach ist, aber bei dunklen Regenwolken, die oft ineinander übergehen, zum anderen ist die Wassermenge pro Volumen relevant: Wolken bestehen fast ausschließlich aus winzigen Wassertropfen. Eine weiße Schönwetterwolke enthält etwa ein Gramm Wasser pro Kubikmeter. Das sind etwa zwei Millionen Tropfen. Um den tatsächlichen Wassergehalt an einem Punkt in der Wolke zu messen, muss ein Flugzeug in die Wolke hineinfliegen. Entscheidend für die „Tragfähigkeit“ einer Wolke ist die Lufttemperatur, denn warme Luft kann mehr Feuchtigkeit aufnehmen als kalte. Deswegen können Gewitterwolken bis zu elf Kilometer hoch und ebenso breit werden. Ihr Volumen und damit auch ihr Gewicht liegen in der Größenordnung von mehreren Millionen Tonnen Wasser.

Kultusministerkonferenz

Neue Struktur

Im vergangenen Jahr hat sich die Kultusministerkonferenz (KMK) grundlegend neu aufgestellt. Künftig wird es innerhalb der KMK eigenständige Bereiche für Bildung, Kultur und Wissenschaft geben. Diese, auch Konferenzen genannten Bereiche, übernehmen die Verantwortung für die bereichsspezifischen Themen und vertreten diese eigenständig. Eine jährliche gemeinsame Konferenz soll den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den neuen Bereichen fördern. Ziel ist es, Themen zielgenauer zu bearbeiten und in die Bildungslandschaft einfließen zu lassen. Zudem soll die neue Struktur auch zur verstärkten Vernetzung der KMK mit Verbänden und verschiedenen weiteren relevanten Bildungsorga-

nisationen und Stakeholdern führen und so die zentrale Rolle der KMK in der deutschen Bildungslandschaft gesichert werden. In der kommenden Legislaturperiode stehen für die KMK Themen auf der Agenda, wie die Förderung digitaler Bildung und die Stärkung der Lehrkräftebildung. Vor allem sollen aber angesichts der schlechten Ergebnisse der letzten Lernstandserhebungen die Bildungsqualität kontinuierlich verbessert sowie Chancengleichheit und Inklusion erhöht werden.

Der neue KMK-Vorstand:

Simone Oldenburg aus Mecklenburg-Vorpommern (Die Linke), Bettina Martin aus Mecklenburg-Vorpommern (SPD) und Barbara Klepsch aus Sachsen (CDU) (von links)





Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit erodiert weiter

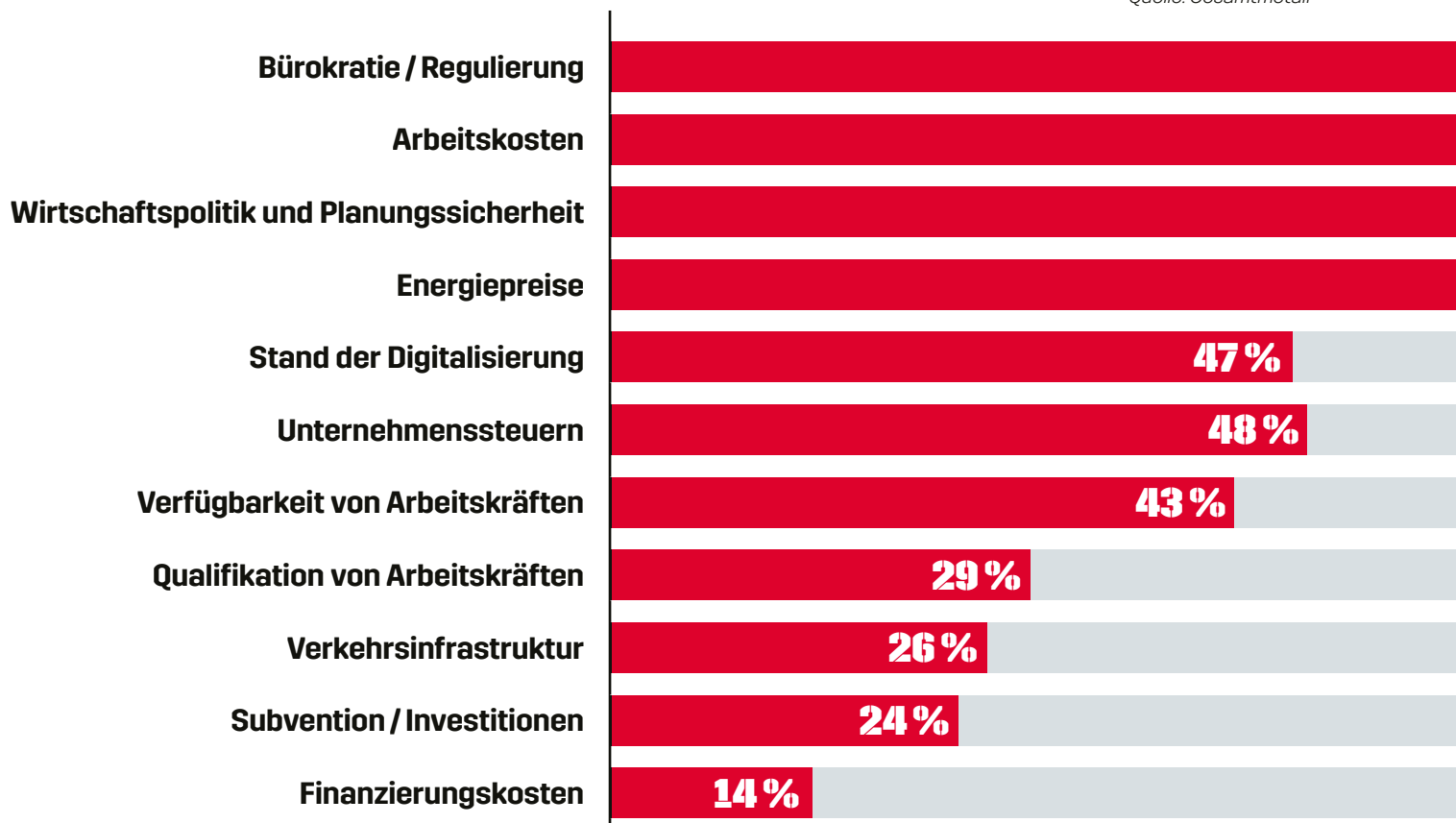
Die Standortkrise hält die Metall- und Elektro-Industrie in ihrer längsten Rezession seit der Wiedervereinigung. Ursache sind die desolaten Standortbedingungen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit weiter erodiert. Auch die **GESAMTMETALL-UMFRAGE** unter Mitgliedsverbänden zeigt: Die Mehrheit der Unternehmen bewertet ihre Lage schlecht und erwartet auch keine schnelle Besserung.



Kein einziger Standortfaktor im Saldo positiv

Bewertung von Standortfaktoren: ■ negativ ■ neutral ■ positiv

**Rundungsbedingt kann die Summe der jeweiligen Standortfaktor-Bewertungen mehr als 100 Prozent betragen.
Quelle: Gesamtmetall*



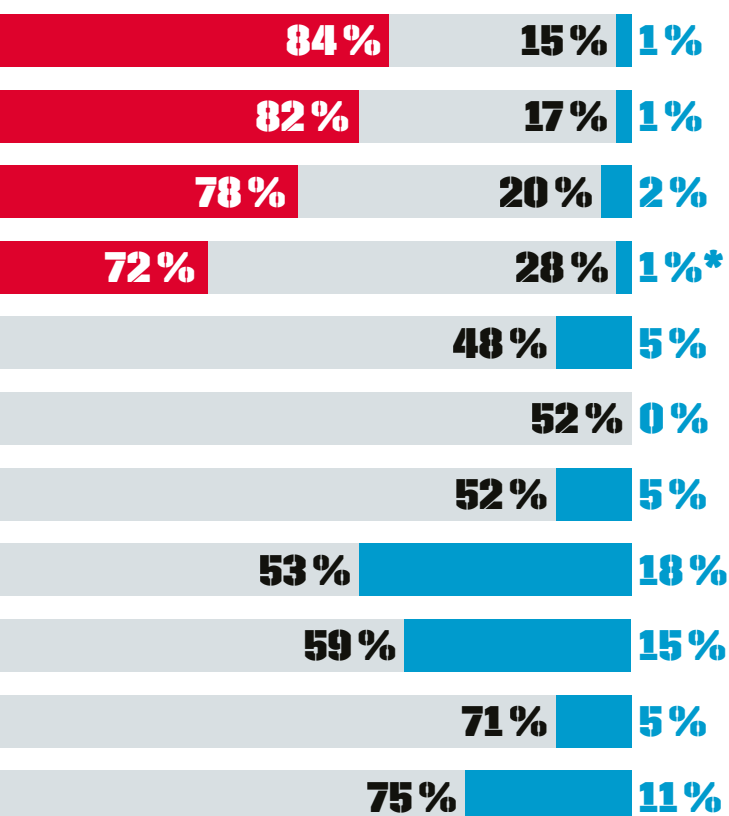
Die M+E-Produktion sinkt seit sieben Quartalen – ein Negativrekord. Auch die Exporte sind im 4. Quartal 2024 deutlich zurückgegangen und die Investitionen blieben schwach. Die Auftragslage bleibt entsprechend miserabel und die Stimmung der Unternehmen im Keller. Die Ursachen sind überwiegend von der Politik verursacht: Für mehr als 90 Prozent der M+E-Unternehmen sind die Standortbedingungen schlechter als 2015. Sozialabgaben, Bürokratie, Steuern und Energiekosten belasten massiv. Zudem wird die Verfügbarkeit von Arbeitskräften immer schwieriger und die Digitalisierung hinkt hinterher, wie die Gesamtmetall-Umfrage zeigt.

Auch die Investitionspläne sind alarmierend: Die Hälfte der Unternehmen will ihre Investitionen in Deutschland weiter reduzieren. Fast die Hälfte davon plant Kürzungen um mehr als 30 Prozent. Im Gegenzug wollen gut 30 Prozent der Firmen mehr im Ausland investieren. Die wichtigsten Ziele sind Osteuropa, Asien und die USA.

Deindustrialisierung beschleunigt

Dadurch beschleunigt sich die Deindustrialisierung weiter: Fast die Hälfte der Unternehmen plant Personalabbau, nur jedes achte Personalaufbau in Deutschland. Vor allem große Unternehmen müssen reduzieren. Demgegenüber baut fast jedes dritte Unternehmen Arbeitsplätze im Ausland statt in Deutschland auf. Zusätzlich zur Produktion sind bei jedem dritten Unternehmen auch FuE oder IT, Verwaltung und Service betroffen.

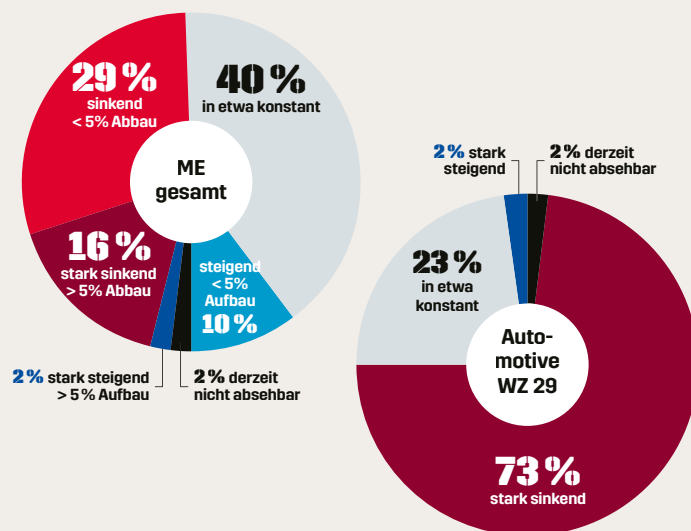
Die neue Bundesregierung muss schnellstmöglich und konsequent für einen Politikwechsel sorgen: Für knapp 80 Prozent der Unternehmen kann die Deindustrialisierung nur dann gestoppt werden, wenn die Politik die Rahmenbedingungen grundlegend verbessert. 



Quelle: Gesamtmetall

Fast die Hälfte der ME-Firmen rechnet mit Personalabbau

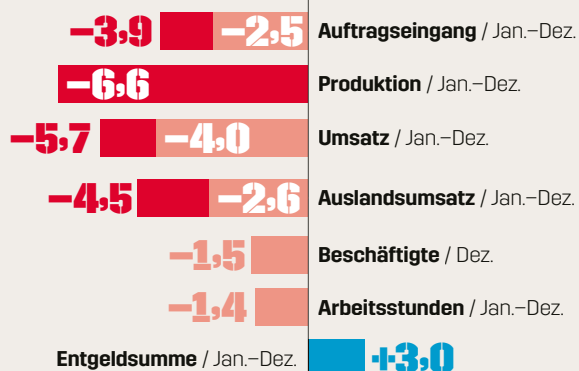
Wie schätzen Sie die Beschäftigungsentwicklung 2025 in Ihrem Unternehmen/Betrieb ein?



Schweres Rezessionsjahr

Entwicklung wichtiger ME-Konjunkturindikatoren in Prozent

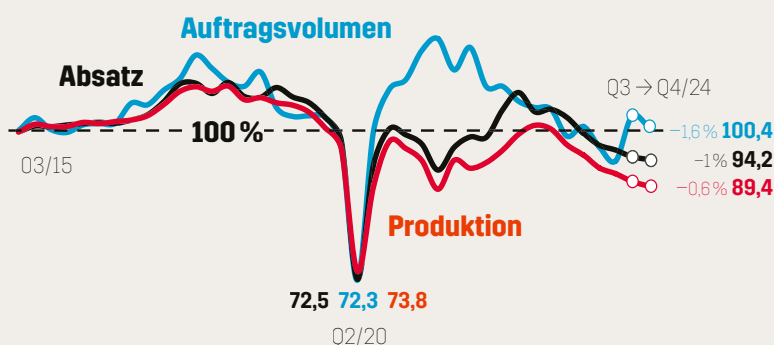
2024 zum Vorjahreszeitraum, Stand 14.2.25 ■ preisbereinigt ■ nominal

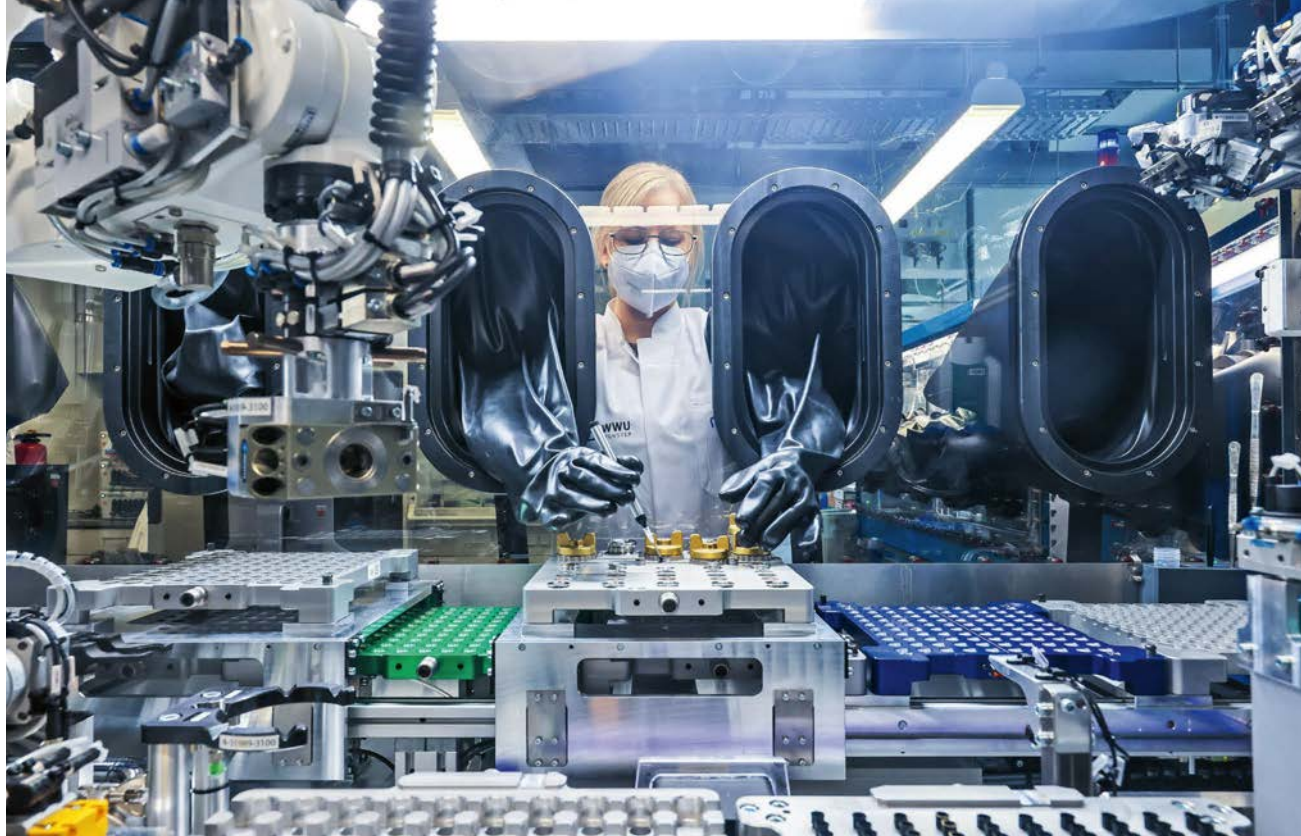


Trotz Großaufträgen weiter in der Rezession

Entwicklung von Auftragseingang und Produktion M+E-Industrie

Preis-, kalender- und saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100); Stand: 25. Februar 2025





Was wurde aus der ...

steuerlichen Forschungszulage?

Die 2020 gestartete steuerliche Forschungszulage ist ein wichtiges Instrument für mehr Forschung und Entwicklung (FuE). Sie ist technologieoffen, branchenübergreifend und flexibel, da auch Anträge für bereits abgeschlossene Projekte bis zu vier Jahre im Nachgang möglich sind.

Bestätigt die Bescheinigungsstelle Forschungszulage (BSFZ) inhaltlich die Förderfähigkeit, kann im zweiten Schritt die Zulage beim zuständigen Finanzamt beantragt werden. Förderfähig sind vor allem Personalkosten eigener FuE-Vorhaben sowie bis zu 70 Prozent der Kosten für externe Forschungsaufträge. Mit dem Wachstumschancengesetz können seit 2024 auch Abschreibungen beweglicher Wirtschaftsgüter gefördert werden.

Der Zuschuss beträgt grundsätzlich 25 Prozent. Zu Beginn betrug der Deckel für die förderfähigen Kosten noch 2 Mio. Euro pro Jahr und Unternehmen. Angesichts der Grö-

ße von Technologievorhaben zeigte sich schnell, dass das zu wenig war. Seit 2024 können Kosten von bis zu 10 Mio. Euro pro Jahr und Unternehmen angerechnet werden, womit der maximale jährliche Zuschuss auf 2,5 Mio. Euro stieg. Zudem wurde für KMU der Fördersatz auf 35 Prozent erhöht, was die beihilferechtlichen Möglichkeiten besser ausschöpft.

Allerdings definiert die EU kleine und mittlere Unternehmen nur bis unter 250 Mitarbeiter – viele innovierende Mittelständler profitieren also nicht davon. In der M+E-Industrie werden 95 Prozent der FuE-Aufwendungen von Unternehmen ab 250 Mitarbeitern erbracht. Auch ist der Kostendeckel noch zu niedrig. So geben M+E-Firmen ab 250 Beschäftigten im Durchschnitt rund 25 Mio. Euro pro Jahr für FuE aus.

Trotzdem hat das Instrument durch die Erweiterungen nochmals deutlich an Attraktivität gewonnen und stärkt Deutschland als Investitions- und Innovationsstandort.

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:
Gesamtmittel
Gesamtverband der
Arbeitgeberverbände
der Metall- und
Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail:
perspektiven@gesamtmittel.de
www.gesamtmittel.de

Verlag:
Axel Springer Corporate
Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz
(Gesamtmittel),
Iris Grundmann
(Redaktionsleitung
Gesamtmittel),
Eli Hamacher,
Tim Winter, Luisa Horn
(Redaktion Axel Springer
Corporate Solutions)
Aisha Wilson
(Projektmanagement Axel
Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:
X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twotype design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho: Image-Pool, Berlin

Herstellung: Silvio Schneider

„Perspektiven“ erscheint
viermal jährlich in einer
Auflage von rund 3.500 Druck-
Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“
nicht mehr erhalten möchten,
bitte eine kurze E-Mail an:
perspektiven@gesamtmittel.de





Steht die Regierung bald?

»In Deutschland hat sich eine Unart etabliert, Koalitionsverträge immer ausführlicher und detailreicher zu gestalten. Dies zeugt von einer Angst, man könne in Zukunft bestimmte Dinge nicht im Griff haben.«

Ulrich von Alemann (1944)

Der Politikwissenschaftler beschäftigt sich vor allem mit den Themen Parteien- und Verbändeforschung. Auch nach seiner Emeritierung ist er weiterhin in Forschung, Lehre, Publizistik und Politikberatung aktiv.



GESAMT**METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie